

# Kölner Erwerbslosen Anzeiger

KÖLNISCHES FLUGBLATT

UNABHÄNGIG - SEIT 2003- UNENTBEHRLICH

**SO NICHT,**

**HERR KANZLER!**

**SOZIALABBAU SCHAFFT**

**KEINE ARBEITSPLÄTZE!**

**Horst Köhler (Bundespräsident in spe) wünscht sich Merkel als Kanzlerin**

Samstag 03. April 2004 - Nr. 7 - HP- D: 0,00€

**Rekord: Soviel Erwerbslose wie nie in NRW**

## Gesellschaft im Sado-Maso-Rausch

Es ist wie bei Big-Brother: Die einen sitzen verblödet im Käfig und werden über den Tisch gezogen mit der vulgären Zurschaustellung ihres Privaten. Und das, wo wir uns einem Überwachungsstaat nähern. Die anderen geilen sich an diesem medieninszenierten Mobbing, diesem Seelenmissbrauch, auf und finden es super. Bei welcher Gruppe soll es einem mehr zum Kotzen sein? Bei den masochistischen Opfern oder sadistischen Voyeuren? Aber beide sind Opfer der Verblödungsmaschinerie Fernsehen.

Genauso verhält es sich auch sonst. Von allen Kanälen wird der Neoliberalismus als vom Himmel gefallene Heilslehre verkündet nach dem Motto: uns muss es schlechter gehen, damit es uns besser geht. Politik und Wirtschaft tun ihres dazu, damit das Chaos größer wird. Die Gewerkschaften reagieren gequält: "Liebe SPD, wir sitzen doch alle im selben Boot." **Dem Rest der Welt ist es offensichtlich egal in dieser Scheiß-Egal-Gesellschaft.**

Wir nähern uns dem Menschheitstraum, uns vom Joch der Arbeit zu befreien. Dazu verhilft uns die Technologie, die Rationalisierung, die Mobilität und das Arbeitsamt. Eine einmalige Chance wirklicher Befreiung in der Menschheitsgeschichte. Was fällt Politik und Wirtschaft dazu ein? CDU: Leistung muss sich wieder lohnen. SPD: Arbeiten bis 20 Uhr. FDP und Arbeitgeber: 40-Stunden-Woche mit der Option auf mehr. Dabei gibt es eine gigantische Arbeitszeitverkürzung auf 0 Stunden bei 7 Mio. Erwerbslosen. Doch alle ziehen über Erwerbslose her. Sie werden in Hungerlöhne und Zwangsarbeit gepresst, durch die Politik des "mehr vom Alten" einer selbsternannten Elite geistloser Politiker wie Merz (Jurist), Schröder (Jurist) oder Westerwelle (Jurist).

**Doch was passiert? Nichts! Alle halten es aus.** Da darf Wirtschaftsminister Clement behaupten, Menschen seien Kosten auf Beinen. Und das Arbeitgeberlager erfreut sich satanisch dieser Unterstützung. Bei soviel Elite bleibt einem wirklich alles im Halse stecken. Denn jeder Idiot weiß, dass Kosten auf der einen, Einnahmen auf der anderen Seite bedeuten. Wenn ich meinem Arbeitgeber Kosten verursache, bin ich auf der anderen Seite Konsument und erhalte Arbeitsplätze. Mit meinen Steuern stütze ich den Staatshaushalt. Auch als Erwerbsloser und Sozialhilfeempfänger

sichere ich Arbeitsplätze durch Konsum. Offensichtlich ist das allen egal, sonst gäbe es einen Aufschrei, von Minister und Wirtschaft zu Kosten degradiert zu werden.

**Man ist nicht mehr Mensch - nur wertlose Masse.**

Die Angst wird in Szene gesetzt mit der Mär unserer schlechten Exportbedingungen. Es heißt: Die Globalisierung, die Löhne sind angeblich zu hoch. Aber wären wir denn in dieser Weise über all die Jahre Exportweltmeister mit hohen Gewinnsteigerungen geblieben? Es scheint so, als würden alle laut schreien: Ja, ich möchte auch die niedrigen Löhne aus Kirgisien, damit es mir schlechter und unserem Lande besser geht. **Es passiert nämlich nichts im Volk!**



Lediglich 18 % aller Deutschen haben noch Vertrauen zu ihren Managern, den sogenannten Leistungsträgern. Offensichtlich ist es aber die einzige Leistung dieser selbsternannten Elite, die Mitarbeiter durch Leistungsdruck, Mobbing oder Bossing zu quälen. Über 80 % der Gekündigten verlassen inzwischen aus diesen Gründen die Betriebe.

**Und was passiert? Nichts!**

Nur noch 8 % der Bürgerinnen und Bürger haben Vertrauen zu ihren Politikern! Und was geschieht? Das nächste Mal wollen 2/3 die CDU als Regierung. Also die, die eine noch gnadenlosere Politik betreiben, um dieses Land ins 19. Jahrhundert zu katapultieren. **Es ist nicht zu fassen!**

Es scheint so, als verhalte sich ein ganzes Volk wie indische Asketen, die sich selbst Leiden zufügen und dabei angeblich Lustgewinn haben - also Sado-Maso in einer Person. Das wäre für manche sicher noch bequemer, ihre Allüren durchzusetzen.

Dabei wäre das Gebot der Stunde, sich zu wehren und diese sogenannte Elite von CDU, CSU, SPD, FDP und Grünen bei den nächsten Wahlen hinauszu-jagen. Und wer von der sogenannten Wirtschafts-Elite meint, zu sehr mit dem Ausland kokkettieren zu müssen, nichts für unser Land tun zu müssen:

**Dann geht doch! Tschüss, raus und Türe zu!**

**Also, fangen wir an, uns zu wehren. Zum Beispiel am 03.04. in Köln. Und Schluss mit Sado-Maso!** (hdh)

[www.verdi.de](http://www.verdi.de)

**NACHRICHTEN**

**Agentur für Arbeit baut 2000 Stellen ab**

**Nürnberg-** Die Bundesagentur für Arbeit (BA) will ihre 10 Regionaldirektionen erheblich verkleinern. Von mehr als 3000 Stellen sollen nur 1000 übrig bleiben. Auch ein Beitrag in schlechten Zeiten.

(Bild 10.02.04)

**Die Bilanz der rot-grünen Arbeitsmarktreform ist ernüchternd**

**Berlin-** Es sollte der ganz große Wurf werden. VW-Personalchef Peter Hartz (Ideen- und Namensgeber für die rot-grünen Arbeitsmarktreformen) wollte die Erwerbslosigkeit binnen 3 Jahren halbieren. Das war Mitte 2002. Heute anderthalb Jahre später, ist die Bilanz ausgesprochen ernüchternd: Kleine Erfolge angeblich, aber die Erwerbslosigkeit hält sich harnächtig über der offiziellen 4 Mio.-Marke. Erinnert das nicht schon wieder an den Kanzler-spruch vom 10.11.1998? - "Wir wollen uns jederzeit und nicht erst in 4 Jahren daran messen lassen in welchem Maße wir zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen. Wir messen ihn mittlerweile an seiner Bekämpfung der Erwerbslosen." (hpf)

## Lieber eine Grübtante

Vorauszuschicken sei, dass es sich nicht lohnt, über die Kandidatin Frau Schwan zu reden. Kandidatinnen wurden schon immer als Pseudo-Frauenquote mit dem Ziel der Erfolglosigkeit der Anwartschaft von der politischen Männergesellschaft ins Rennen geschickt.

Nachdem nun Grüßonkel Rau (gewählt nach dem Motto: Ich wollte schon als Kind immer gern Grüßonkel werden) ausscheidet, kommt jetzt ein Herr Köhler. Nun frage ich mich, was die Voraussetzung dafür ist, Grüßonkel in einer so schönen Republik wie Deutschland zu werden.

Bei Rau war das klar. Er war der geborene Grüßonkel und als bekennender Christ in besonderem Maße Grüßonkel von Gottes Gnaden. Das wurde von allen irgendwie akzeptiert. Er war er ja auch ganz nett.

Doch nun zu Herrn Köhler. Ein deutscher Bundespräsident ist der höchste Beamte im Staate. Er ist daher jeder Regierung verpflichtet, hat sich nicht in die Politik einzumischen und dem Staat – also uns Bürgern – gegenüber eine besondere Treueverpflichtung. Er ist also unser aller Diener. Herr Köhler findet nun erkennbar und sogar öffentlich die Frau Merkel von der CDU mit ihrer Politik der Zerschlagung unserer sozialen und demokratischen Errungenschaften ganz prima. Offen wünscht er sich Frau Merkel als Frau Bundeskanzlerin. Mit ihr stellt er sich „mehr Mut zu Reformen“ vor, meint aber damit, jeder soll alles aus der eigenen Tasche bezahlen. Also Arbeitslosigkeit, Armut, Gesundheit, Schulen, Rente usw. Damit hat Herr Köhler ja große Erfahrung. Denn er kommt beruflich vom Internationalen Währungsfond (IWF), einer verbrecherischen Organisation, die es in den vergangenen Jahrzehnten geschafft hat, zusammen mit der Weltbank ganze Völker in den Ruin zu treiben. In diesen Ländern ist das so, wie Herr Köhler es kennt. Eigentlich ist er überhaupt nicht für das Amt geeignet, uns Bürgern in Deutschland zu dienen, finde ich. Und plötzlich erscheinen mir die Voraussetzungen, um Bundespräsident zu werden, auch ganz merkwürdig. Sie machen mir richtig Angst, muss ich sagen.

Da wünsche ich mir doch lieber eine Grübtante. (hdh)



## 'die kriminelle Politik fortsetzen'

**'Im Gegensatz zum Evangelium... wurden die Direktoren des IWF von den Industrieländern... ermutigt, die kriminelle Politik fortzusetzen.'**

(Heiner Geißler, CDU, Ex-Generalsekretär, 2003)

Horst Köhler, IWF-Direktor und möglicher Bundespräsident



Quelle: Arbeiterfotografie

## Reichlich Armut

**Kommentar von Gunter Lange, verantwortlicher Redakteur ver.di-NEWS**

Glaukt man dem Grundgesetz, ist Deutschland ein sozialer Staat. Ein weit verzweigtes soziales Sicherungsnetz schützt Bürgerinnen und Bürger vor unsozialen Widrigkeiten. Die Wirklichkeit: Drei Millionen Privathaushalte sind überschuldet. Tendenz stark steigend, wenn die rot-grüne Regierungskoalition ihren Kurs beibehält. Auch Union und Liberale betreiben das Geschäft des Sozialabbaus.

Das Nachsehen haben die Arbeitslosen, deren Zahl sich längst auf über vier Millionen verfestigt hat. Hier kommt die neue Armut her. Mit Hartz IV folgt das Arbeitslosengeld II auf Sozialhilfeniveau, und das bekommt gleichzeitig neue Regelsätze verpasst: 345 Euro im Westen und 331 Euro im Osten der Republik. Davon müssen künftig fast fünf Millionen Menschen leben, darunter 1,5 Millionen Kinder, rechnet die Nationale Armutskonferenz vor.

Ohne eine Mindestniveausicherungsklausel rutscht das Niveau der gesetzlichen Rente ab. Zunehmende Altersarmut ist dann unausweichlich.

**Die Akteure dieser Politik sind gut versorgt. Sie verschließen die Augen vor den Folgen, vor der Realität: Deutschland ist auf dem besten Wege, ein unsozialer Armutsstaat zu werden.**

**Schweigen bedeutet Zustimmung!**

## Zwischenruf von Henrik Müller in ver.di-news 05/04

Seit Rudi Völlers Wutausbruch von Reykjavík darf man sich ja so ausdrücken: Ich kann den Scheißdreck nicht mehr hören! Tag für Tag und Woche und Woche überbieten sich so genannte Experten, Chefvolkswirte, Lobbyisten gegenseitig mit ihren "Vorschlägen", wie den kleinen Leuten noch mehr Geld aus der Tasche zu ziehen wäre. Ein Beispiel: Gestern hat Norbert Walter von der Deutschen Bank die geniale Idee verkündet, "einfach mal die Ausbildungsvergütungen zu halbieren". Heute kommt eine als "Stiftung Marktwirtschaft" getarnte Gruppierung mit der intelligenten Forderung: "Eine Null-Vergütung für Auszubildende darf kein Tabu sein." Morgen werden sie verlangen, dass die Auszubildenden künftig wieder Lehrgeld mitbringen sollen. Es ist ihnen nämlich Wurscht, wovon die Leute leben sollen. Hauptsache, ihnen selber geht es gut.



## LeserInnenbrief

*Eure massive Kritik an der Politik Schröders spricht mir aus der Seele. Allerdings halte ich es für inkonsequent, heuchlerisch u. verlogen, den LeserInnen vorzuenthalten, dass Schröder ver.di-Mitglied ist. Schröder verhält sich extrem "gewerkschaftsschädigend".*

....

Markus Wolf; Köln

LeserInnenbriefe sind stets willkommen. Sie spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder von ver.di wieder. Aus Platzgründen, können wir nicht alle Zuschriften berücksichtigen und behalten uns vor sinnvoll zu kürzen.

Auszüge aus:

## Rainer Roth: Menschenrechte und die "Krise" des Sozialstaates.

12.09.03 auf einer Tagung des Komitees  
für Grundrechte und Demokratie.

Die Veranstalter dieser Tagung  
haben mir als Thema >>Men-  
schenrechte und die "Krise"  
des Sozialstaates<< vorgege-  
ben.

Warum steht Krise in Anfüh-  
rungszeichen? Ich denke nicht,  
dass es sich um eine Krise han-  
delt, die in Wirklichkeit nicht  
existiert. Es ist eine reale Krise.  
Eher sollte man Sozialstaat in  
Anführungszeichen setzen.  
Denn **ein Staat, der den  
Armen nimmt und den  
Reichen gibt, kann** wie Eckart  
Spoo festgestellt hat, **kein  
Sozialstaat sein.** .....

### Schlussfolgerungen

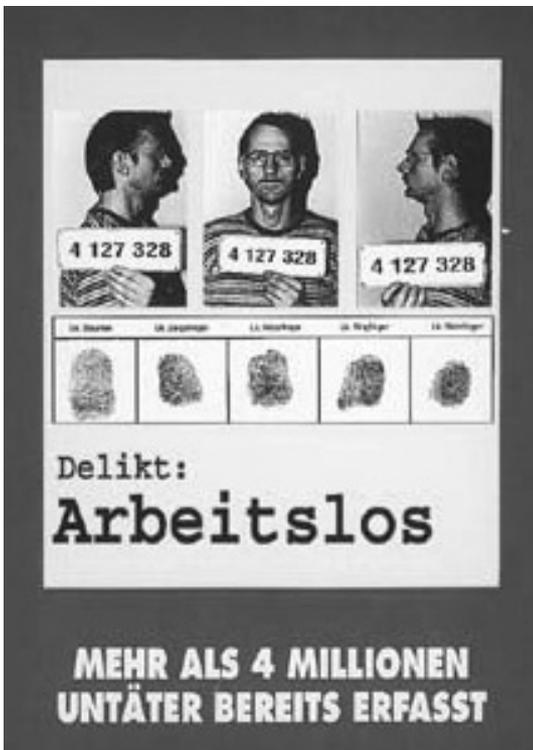
Je stärker sich die selbst geleg-  
te Schlinge fallender Profitra-  
ten um den Hals des Kapitals  
zusammenzieht, desto wilder  
schlägt es um sich. Es muss  
sich Luft verschaffen, beson-  
ders dann, wenn es sich in eine  
Krise hineinmanöveriert hat.  
Den Druck auf die Profitraten  
verwandelt das Kapital in  
Druck auf die Gewinnsteuern  
und die entsprechende Senkung  
der Staatsausgaben, in Druck  
auf die Löhne, auf die Sozial-  
versicherungsbeiträge, auf Ren-  
ten, Gesundheitsausgaben und  
Arbeitslosenunterstützung. Al-  
so in seine Agenda, ob nun 2010  
oder 2020 oder 2030. Zu die-  
sem Zweck müssen die Lohn-  
arbeiterInnen schuldig gespro-  
chen werden, da sie diesem  
Ziel, nämlich der Senkung des  
Lebensstandards im Weg ste-  
hen. Das Kapital muss die  
Arbeitslosen bekämpfen statt  
die Arbeitslosigkeit, die Armen  
statt der Armut. Zu dieser Poli-  
tik hat das Kapital keine Alter-  
native.

Die Krise der Staatsfinanzen  
und der Sozialversicherung  
wird nicht durch die besitz-  
standsgeilen LohnarbeiterInnen,  
die lebenslustigen Alten, die  
demografische Entwicklung,  
die faulen Arbeitslosen und die  
Florida- Rofls und Viagra-  
Kalles hervorgerufen. Sie wird  
auch nicht durch Politiker und  
auch nicht durch das Ausland

erzeugt bzw. die sogenannte Globalisierung. Sie  
entspringt aus der Logik der Kapitalverwertung  
im eigenen Land. Sie entsteht im Zentrum dieser  
Wirtschaftsordnung.

Wenn aber das Kapital für die Krise verantwort-  
lich ist, dann müsste es vom Standpunkt der  
LohnarbeiterInnen aus auch für die Folgen auf-  
kommen. Wenn das Kapital mit immer weniger  
Menschen etwas anfangen kann, dann soll es sie  
anständig versorgen. Ein ausreichendes Grund-  
einkommen ist notwendig für alle Arbeitslosen,  
alle RentnerInnen usw. und ein ausreichender  
Mindestlohn für alle LohnarbeiterInnen.

Nur der Widerstand der LohnarbeiterInnen,  
wenn er tatkräftig organisiert wird, kann dem  
Sozialabbau Schranken setzen. Inwieweit sich  
der Sozialabbau durchsetzt, ist immer auch eine  
politische Frage. Sein Ausmaß hängt von der  
Mobilisierungsfähigkeit der LohnarbeiterInnen  
ab. Gewerkschaftsführungen, die sich mehr dem  
Kapital verpflichtet fühlen, hemmen diese Mo-  
bilisierungsfähigkeit und tragen damit zum  
Sozialabbau bei.



**Es ist von daher notwendig sich innerhalb  
und außerhalb der Gewerkschaften selbstän-  
dig zu organisieren, um überhaupt eine ge-  
genüber dem Kapital selbständige Politik ent-  
wickeln und umsetzen zu können.** .....

Das Kapital strebt an, Löhne und Sozialleistun-  
gen solange zu senken, bis es sich rentiert, auch  
noch die letzte Arbeitskraft zu kaufen. Das ist  
seine Lösung der Krise. Eine Zustimmung zum  
gegenwärtigen Sozial- und Lohnabbau fördert  
den Sozial- und Lohnabbau der Zukunft und be-  
schleunigt ihn.

LohnarbeiterInnen, die sich dagegen nicht we-  
hren und die Zustimmung der DGB- Führung mit  
dem Kapital akzeptieren, haben ihre Selbstän-  
digkeit verloren. Sie wären im wahrsten Sinn des  
Wortes nur noch Lohnsklaven.

Quelle: Resonanzboden - Organ des ver.di  
Ortsvereins Hamburg Fb 08 - Sonderausgabe  
Januar 2004

## Die freie Wirtschaft

Ihr sollt die verfluchten Tarife abbauen.  
Ihr sollt auf euren Direktor vertrauen.  
Ihr sollt die Schlichtungsausschüsse verlas-  
sen.  
Ihr sollt alles weitere dem Chef überlassen.  
Kein Betriebsrat quatsche uns mehr herein.  
Wir wollen freie Wirtschaftler sein!

Fort die Gruppen - sei unser Panier!  
Na, ihr nicht.  
Aber wir.

Ihr braucht keine Heime für eure Lungen,  
keine Renten und keine Versicherungen.  
Ihr solltet euch allesamt schämen,  
von dem armen Staat noch Geld zu nehmen!  
Ihr sollt nicht mehr zusammenstehn -  
wollt ihr wohl auseinandergehen!

Keine Kartelle in unserem Revier!  
Ihr nicht.  
Aber wir.

Wir bilden bis in die weiteste Ferne  
Trusts, Kartelle, Verbände, Konzerne.  
Wir stehen neben Hochofenflammen  
In Interessengemeinschaften fest zusammen.  
Wir diktieren die Preise und die Verträge -  
kein Schutzgesetz sei uns im Wege.

Gut organisiert sitzen wir hier...  
Ihr nicht.  
Aber wir.

Ihr, in Kellern und in Mansarden,  
merkt ihr nicht, was mit euch gespielt wird?  
Mit wessen Schweiß der Gewinn erzielt  
wird?  
Komme, was da kommen mag.  
Es kommt der Tag,  
da ruft der Arbeitspionier:  
"Ihr nicht.  
Aber wir."

Kurt Tucholsky (1930)

## Zitate:

**Merkel 2010 entpuppt sich als Agenda  
1890, ich weiß nur nicht, ob vor oder  
nach den Sozialistengesetzen.**

Michael Sommer, DGB-Chef

**Ja, Bildung ist teuer. Aber  
Unbildung ist letztendlich noch teu-  
rer.**

Willi Berchtold, Bitkom-Präsident

**Ich will keine schleichende De-  
Industrialisierung. Mit einem  
Nationalpark, Haare schneiden und  
der Erstellung von Blaupausen  
wird das Land sein Geld nicht ver-  
dienen können.**

Peer Steinbrück, NRW-Ministerpräsident

# Aufstehn

Über 60.000 Menschen sind derzeit in Köln offiziell als erwerbslos gemeldet. Diese Zahl ist in Wirklichkeit viel höher, weil viele Betroffene aus den unterschiedlichsten Gründen aus der offiziellen Statistik verschwinden. Über 15.000 dieser Erwerbslosen erhalten Sozialhilfe.

Als Reaktion investiert die Stadt Steuergelder in sogenannte "Ersatzarbeitsplätze" bei privaten und öffentlichen Personal- Service- Agenturen, wie Jobbörsen und Jobcentern. Gleichzeitig sieht die Stadt zu, wie sich Großunternehmen vor der Gewerbesteuer drücken und Arbeits- und Ausbildungsplätze vernichten. Ja sie fördert dieses Gebaren auch noch mit günstigen Krediten, zusätzlichen Autobahnabfahrten oder direkten Subventionen.

Aber die Stadt ist ja auch selbst als Unternehmen tätig und anstatt sie ihre Möglichkeiten im Sinne der Beschäftigungsförderung nutzt, wird sie selbst zum größten Arbeitsplatz- und Ausbildungsplatz- Vernichter! Gerade in Bereichen in denen sowieso Personal fehlt, wie städtische Sozialeinrichtungen, Schulen und Krankenhäusern werden weiter Arbeitsplätze vernichtet.

## Wir fordern:

1. Erhalt der Arbeitslosenhilfe mindestens im bisherigen Umfang.
2. Abschaffung der Zwangsarbeit in Billig-Jobs und Zeitverträgen.
3. Ausbau geeigneter Qualifizierungen!
4. Wiederherstellung des Qualifikationsschutzes und damit Abschaffung der Zumutbarkeitsregeln.
5. Stoppt den Stellenabbau in der Agentur für Arbeit.
6. Bessere Qualifizierung für Berater und Vermittler.
7. Schluss mit der Privatisierung!
8. Gesetzlich Begrenzung der Überstunden.
9. Keine Arbeitsplatzvernichtung in der Stadtverwaltung und den städtischen Betrieben!
10. Schaffung entlastender zusätzlicher Arbeitsplätze!
11. Kein Verkauf kommunaler Betriebe
12. Städtische Aufträge nur noch an Firmen, die tarifvertraglich bezahlen, eine ArbeiterInnen-Vertretung (Betriebsrat) haben und zusätzliche Ausbildungsplätze anbieten mit anschließender mindestens einjähriger Weiterbeschäftigung



## Lohn muss die Existenz sichern

Margret Mönig-Raane,  
stellv. ver.di-Bundesvorsitzende

Die von der Bundesregierung geplante Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln hat zur Folge, dass Langzeitarbeitslose auch Jobs annehmen müssen, von denen sie nicht leben können. Der Sog der Löhne im Niedriglohnbereich nach unten wird somit stärker. Ein Instrument dagegen kann die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes sein, wenn er bestimmte Bedingungen erfüllt. Die Mindestlöhne in anderen europäischen Ländern beispielsweise haben sehr wohl stabilisierende Wirkungen auf das Einkommensniveau. Allerdings gibt es keine Sicherheit, schon gar keinen Automatismus, dass der gesetzliche Mindestlohn auch tatsächlich ein existenzsicherndes Mindesteinkommen absichert. Es besteht auch die Gefahr, dass die Gegner der Tarifautonomie die Chance nutzen, weitergehender in das Tarifsystem eingreifen. Denkbar ist zum Beispiel auch ein branchenspezifischer tariflicher Mindestlohn, der allgemeinverbindlich erklärt würde. Dies hat sowohl in Deutschland als auch in anderen europäischen Ländern Tradition. Wie auch immer: Wir brauchen dringend eine Verständigung darüber, dass das Entgelt für Vollzeitarbeit - egal in welcher Branche - zur eigenständigen Sicherung des Lebensunterhaltes ausreichen muss und zwar ohne begleitende Almosen durch den Staat.

Hier findest Du das ver.di Büro



Hier findest Du das KALZ



Die Arbeitsgruppe "politisch vernetzte Aktionen nach Aussen" bereitet unter anderem Flugblätter vor, die dann an dem Tag, an dem die neuen Arbeitslosenzahlen genannt werden vor dem Arbeitsamt verteilt werden. Zur Aktionsvorbereitung trifft sich die AG regelmäßig jeden 2. Mittwoch im Monat um 17:30 Uhr im KALZ in der Herbrandstraße

7, 50825 Köln

Die nächsten Termine sind somit: **14.04/12.05/09.06.**

Kontakt über:  
erwerbslose@gmx.de  
www.erwerbslose.de.vu

Der **Kölnener Erwerbslosen Ausschuss ver.di** trifft sich jeden **letzten Montag** im Monat um **18:30 Uhr** in der **Weinsbergstr. 190, 50825 Köln.**

*Das Treffen ist offen für Interessierte!*

InfoTel: **02 21 - 4 85 58-341**

Probleme mit dem Arbeitsamt oder Sozialamt?

Plötzlich erwerbslos und keine Idee, was du machen musst?

Falls du ratlos oder unsicher bist, wird dir in einer der aufgeführten Stellen geholfen:

### Echo

Lyoner Passage 3+4  
50765 Köln- Chorweiler  
02 21 - 7 00 87 03

### Kölnener Arbeitslosenzentrum KALZ

Herbrandstr.7   
50825 Köln- Ehrenfeld  
02 21-5 46 10-72

### Vingster Treff

Würzburger Str. 11 a  
51103 Köln-Vingst  
02 21-87 54 85

### ABC Höhenhaus

Von-Ketteler-Str. 2  
51061 Köln-Höhenhaus  
02 21 - 64 66 41

### Frauen gegen Erwerbslosigkeit

Gellert-Str. 45  
50733 Köln-Nippes  
02 21 - 7 32 72 51

### IMPRESSUM

**Redaktion:**  
B. Dieckmann (bad), D. Traufetter (dot),  
H-D. Hey (hdh), HP Fischer (hpf), P. Sattler (pas)  
**v.i.S.d.P.:**  
ver.di, Weinsbergstr. 190, 50825 Köln  
**v.f.d.L.:**  
Vera Schumacher,  
Gewerkschaftssekretärein  
**Layout:** HP Fischer